

Verordnung über Beitragsleistungen an Hofdüngeranlagen

vom 27. Dezember 1988

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen,

gestützt auf Art. 77 des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 1951¹⁾,
auf Art. 25 lit. h der Bodenverbesserungs-Verordnung vom 14. Juni
1971²⁾ und auf die Art. 1, 3 und 4 des kantonalen Meliorationsgesetzes
vom 2. Juli 1956³⁾,

verordnet:

§ 1

¹ Diese Verordnung bezweckt die Förderung des Baus genügend grosser Zweck
Stapelräume für feste und flüssige Hofdünger.

² Ziel dieser Massnahme ist die Schaffung der Möglichkeit, die Hofdünger
für alle Kulturarten im optimalen Zeitpunkt ausbringen zu können.

§ 2

¹ Sofern die Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllt sind, werden an Unterstützungs-
grundsatz,
Beitragssätze und
-modus
die beitragsberechtigten Kosten von Hofdüngeranlagen von Einzelbetrie-
ben oder von Gemeinschaftsanlagen mehrerer Landwirtschaftsbetriebe
nach Massgabe der zur Verfügung stehenden Bodenverbesserungskredite
Staatsbeiträge von 24 bis 30% ausgerichtet, entsprechend den periodisch
vom Bund festgelegten Ansätzen.

² Die Beitragszusicherung erfolgt pauschal.

§ 3

¹ Massgebend für die Berechnung des Hofdüngeranfalls und die Dimensi- Technische und
betriebliche Vor-
aussetzungen für
die Beitrags-
leistung
onierung der Güllengruben und Mistplätze sind die Wegleitung der Bun-
desämter für den Gewässerschutz in der Landwirtschaft vom Dezember
1979 (ergänzt März 1984 und Januar 1987) sowie die Düngungsrichtlinien

Amtsblatt 1988, S. 1393; Rechtsbuch 1964, Nr. 221a.

für den Acker- und Futterbau der Eidgenössischen Forschungsanstalten Reckenholz, Changins und Liebefeld (1987).

² Nicht eingetreten wird auf Beitragsgesuche für Düngeranlagen von Betrieben, deren verfügbare Nutzfläche je ha und Jahr mit Abgängen von mehr als 2,5 Düngergrossvieheinheiten (DGVE) belastet wird oder deren Tierbestände über den Höchstbeständen gemäss Art. 3 der bundesrechtlichen Verordnung über die Höchstbestände in der Fleisch- und Eierproduktion vom 13. April 1988 ⁴⁾ liegen.

³ Die Bauherrschaft hat sich zu verpflichten, gleichzeitig mit der Sanierung der Hofdüngeranlage nötigenfalls die Stallverhältnisse an die einschlägigen Tierschutzbestimmungen anzupassen.

⁴ Die Sanierung der Hofdüngeranlagen darf spätere Stallsanierungen nicht verunmöglichen.

⁵ Es sind technisch und wirtschaftlich vorteilhafte Lösungen anzustreben. Die Kosten sind anhand eines Voranschlages, der auf eingezogenen Offerter beruht, zu belegen. Aus den Projektunterlagen müssen Art und Grösse der geplanten Baute sowie deren Lage zu den dazugehörigen Stall- und Wohngebäuden ersichtlich sein. Das ordentliche Baubewilligungsverfahren bleibt vorbehalten.

§ 4

Berücksichtigung
der Finanzlage
der Bauherr-
schaft; untere
Begrenzung der
Beiträge

¹ Die Beitragsleistungen werden aufgrund der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Gesuchstellers nach Art. 7 Abs. 1 und 2 der bundesrätlichen Verordnung über Kostenbeiträge an Viehalter im Berggebiet und in der voralpinen Hügelzone vom 20. April 1983 ⁵⁾ gekürzt. ⁶⁾

² Massgebend für das Einkommen ist dabei die letzte Veranlagung für die direkte Bundessteuer, für das Vermögen die letzte kantonale Steuerveranlagung. ⁶⁾

³ Bei Gemeinschaftsanlagen gemäss § 2 erfährt die Beitragsleistung keine Kürzung infolge der Finanzlage der Beteiligten.

⁴ Beiträge unter 3000 Fr. werden nicht ausbezahlt.

§ 5

Unterhaltungspflicht

Mit der Entgegennahme des Beitrags verpflichtet sich die Bauherrschaft, die Baute stets fachgerecht in Ordnung zu halten. Kommt sie der Unterhaltungspflicht nicht nach, behält sich der Regierungsrat die teilweise oder gänzliche Rückforderung des Beitrages vor.

§ 6

Rückerstattung
des
Staatsbeitrages

¹ Bei Zweckentfremdung (nichtlandwirtschaftliche Nutzung, Aufgabe der Viehhaltung) der Hofdüngeranlage innert 20 Jahren seit Auszahlung des

Staatsbeitrages ist dieser anteilmässig nach der Zahl Jahre, die bis zum Ablauf der Frist von 20 Jahren fehlen, zurückzuerstatten.

² Bei gewinnbringendem Verkauf der Liegenschaft innert 20 Jahren seit Auszahlung des Staatsbeitrages ist der gesamte Beitrag zurückzuerstatten. Die Gewinnberechnung erfolgt nach dem in der Bodenverbesserungsverordnung festgelegten Verfahren.

§ 7

Mit der Zusicherung des Staatsbeitrages durch den Regierungsrat wird das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt, die Sanierung der Hofdüngeranlage auf dem Standortgrundstück als öffentlichrechtliche Eigentumsbeschränkung zur Anmerkung im Grundbuch anzumelden.

Anmerkung im Grundbuch

§ 8

Die technische Beurteilung, die administrative Bearbeitung der Beitragsgesuche, die Oberaufsicht über den Bau, die Überwachung des Unterhalts und der Einhaltung der Zweckentfremdungsbestimmungen obliegen dem kantonalen Landwirtschaftsamt⁸⁾. Die Gemeindebehörden melden dieser Amtsstelle die ihnen bekannten Zweckentfremdungsfälle.

Administration, Oberaufsicht, Überwachung

§ 9

¹ Die Sanierung von Hofdüngeranlagen in Gebieten mit hohem Nitratgehalt im Quell- oder Grundwasser ist in erster Dringlichkeit zu fördern.

Prioritäten

² An Hofdüngeranlagen, welche ab 1980 im Rahmen von Hochbausanierungen mit Kantonsbeiträgen unterstützt worden sind, werden keine Beiträge mehr gewährt.

§ 10

Im Interesse einer möglichst raschen Sanierung der Verhältnisse wird die Beitragsleistung beschränkt auf Hofdüngeranlagen, die bis am 31. Dezember 1998 erstellt sind.

Befristung

§ 11

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1989 in Kraft. Sie ist im Amtsblatt zu veröffentlichen⁷⁾ und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Inkrafttreten

Fussnoten:

1) SR 910.1.

2) SR 913.1.

- 3) SHR 913.100.
- 4) SR 916.344.
- 5) SR 916.313.1.
- 6) Fassung gemäss RRB vom 17. September 1991, in Kraft getreten am 1. Oktober 1991 (Amtsblatt 1991, S. 994).
- 7) Amtsblatt 1988, S. 1393.
- 8) Fassung gemäss V vom 14. Dezember 1999, in Kraft getreten am 1. Januar 2000 (Amtsblatt 1999, S. 1833).